
483/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 09.12.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Bettina Stadlbauer
und GenossInnen
betreffend „Schutzzonen rund um Abtreibungskliniken“

Seit 1975, also beinahe 30 Jahre, ist es in Österreich für Frauen möglich, straffrei und unter medizinisch sicheren Bedingungen eine Abtreibung vornehmen zu lassen. Trotzdem üben seit einigen Jahren radikale Abtreibungsgegner tagtäglich vor den Abtreibungskliniken in Wien und anderen österreichischen Städten Psychoterror gegenüber Frauen, die Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Schwangerschaft suchen, aus. Die mehr als fragwürdigen Methoden der selbsternannten „Lebensschützer“ sind: Einschüchterung, bewusste Falschinformation, Belagerung, Gerichtsverfahren gegen VerteidigerInnen des Schwangerschaftsabbruches bis hin zu Morddrohungen gegen ÄrztInnen, die Abtreibungen vornehmen.

Konkret sind diesem Terror PatientInnen und Personal im Ambulatorium am Wiener Fleischmarkt sowie der Lucina Klinik im 2. Wiener Gemeinde Bezirk betroffen. Die Klinik Lucina musste wegen andauerndem Terror sogar geschlossen werden.

Vor der Klinik am Wiener Fleischmarkt ist tagtäglich ein Aktivist von Human Life International (HLI) postiert, betend mit einem Rosenkranz in der Hand. Andere Mitarbeiter von HLI sind in einigen Metern Entfernung der Klinik aufgestellt und belästigen alle Frauen, die an der Klinik vorbeigehen, egal, ob sie auf dem Weg in die Klinik sind, oder nicht. Es werden Plastikföten verteilt und Folder mit abstoßenden, blutigen Bildern. Die Abtreibungsgegner versuchen die Frauen zu

überreden, in ihr „Lebenszentrum“ mitzukommen, das gleich um die Ecke der Klinik Hegt

Im Juni dieses Jahres musste die Klinik Lucina, vormals Mairo, in der Sperlgasse im 2. Wiener Gemeindebezirk geschlossen werden, nachdem HLI-Österreich-Chef Dietmar Fischer das Haus gekauft hatte, in dem die Klinik untergebracht war. Mit ständigem Terror und Repressalien gegenüber Personal und PatientInnen erreichte HLI und sein Österreich-Chef Dietmar Fischer, dass die Betreiberin der Klinik schließlich zum Aufgeben gezwungen war und schließen musste.

Frauen, die ungewollt schwanger werden, befinden sich in einer Krisensituation unterschiedlichen Ausmaßes und bedürfen daher eines geschützten Rahmens, wie unsere Gesellschaft sie anderen Menschen in Krisensituationen auch zugesteht. Wenn eine Frau die Entscheidung zum Schwangerschaftsabbruch getroffen hat, gebührt ihr Schutz, damit sie diese rechtmäßige Entscheidung auch ohne psychische und physische Gefährdung durch selbsternannte „Lebensschützer“ auch umsetzen kann.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Bundesminister für Inneres wird ersucht, so rasch wie möglich einen Bericht über die in der Begründung dargestellte Situation rund um Abtreibungskliniken zu erstellen und dem Nationalrat zuzuleiten. Dieser Bericht soll die dem BMI bekannten Sachverhalte und die Reaktionen der Sicherheitsexekutive darauf darstellen.

Gleichzeitig sollen in diesem Bericht Vorschläge dem Nationalrat zugeleitet werden, wie man diese untragbare Situation bestmöglich abstellen kann, insbesondere ob die Errichtung von „Schutz-zonen“ um Abtreibungskliniken aus sicherheitspolizeilichen Überlegungen sinnvoll erscheint.

Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Innere Angelegenheiten